

Bundesregierung setzt zunehmend Rotstift beim Klimaschutz an

Im ersten Halbjahr 2010 offenbart sich, dass die Bundesregierung sich zwar im Koalitionsvertrag dem Klimaschutz verschrieben hat, im Bundeshaushalt aber an vielen kleineren Stellen Gelder kürzt oder streicht und damit Klimaschutz behindert. Die Klima-Allianz bilanziert folgend die wichtigsten haushaltspolitischen Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung im Klimaschutzbereich. Das Ergebnis: den Rotstift setzen die Kanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett erschreckend häufig genau an erfolgreich laufenden Programmen an, die Arbeitsplätze und Folgeinvestitionen im Mittelstand sichern. Hier eine Übersicht:

Kürzung der Solarstrom-Förderung

Anlagen zur Solarstromproduktion bekommen ab 1. Juli 16 Prozent weniger Einspeisevergütung. Nimmt man die Degression zum Januar dieses Jahres dazu, müssen künftige Anlagenbetreiber ihren Sonnenstrom für 25 Prozent weniger Geld verkaufen, als Anlagenbesitzer, die ihre Anlage 2009 ans Netz brachten. Freianlagen auf Ackerflächen erhalten ab 1. Oktober 2010 überhaupt keine Förderung mehr.

Förderstopp für erneuerbare Wärme

Im März dieses Jahres hat die Bundesregierung Käufern von Solarkollektoren, Biomasseheizungen, Wärmepumpen und kleine Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung die Investitionszuschüsse gekürzt und die restlichen Mittel gesperrt. Über 400 Millionen Euro waren für das umweltschonende Wärmen in diesem Jahr eigentlich eingeplant, jetzt gehen Verbraucher, die ihre Heizung klimafreundlich modernisieren wollen, vermutlich leer aus. Anfang Mai hat sich Finanzminister Schäuble für die Fortsetzung der Haushaltssperre ausgesprochen, eine endgültige Entscheidung wird voraussichtlich am 19. Mai im Haushaltsausschuss getroffen.

Nationale Klimaschutzinitiative komplett gestoppt

Neben dem Förderstopp für erneuerbare Wärme wurden auch die Mittel der Nationalen Klimaschutzinitiative gesperrt: Sogar rückwirkend wurde damit das bislang sehr erfolgreiche Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen auf Eis gelegt. Sowohl bereits eingereichte Anträge als auch noch nicht bewilligte Anträge aus dem vergangenen Jahr stehen damit in der Sackgasse. Ebenfalls betroffen sind gemeinsame Förderprogramme mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium zur Steigerung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau. Die endgültige Entscheidung folgt am 19. Mai.

Mittel für die Gebäudesanierung gekappt

Das Programm zur energetischen Sanierung von Gebäuden muss in diesem Jahr mit deutlich weniger Geld auskommen, als noch im letzten Jahr: Dem über die Kreditanstalt für Wiederaufbau laufenden Förderprogramm stehen 2010 Fördermittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, im letzten Jahr waren es noch 2,25 Milliarden Euro gewesen.

Weniger Geld für den internationalen Klimaschutz

Statt der im letzten Dezember auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen vollmundig versprochenen 420 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz sind im Bundeshaushalt 2010 nur 70 Millionen enthalten, der Rest wird mit bereits zugesagten Naturschutz- und Entwicklungshilfegeldern verrechnet. Wichtige Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern können dadurch nicht umgesetzt werden und diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind weiterhin am stärksten von den Folgen betroffen.

Energieforschung benachteiligt weiter die Erneuerbaren

Gemessen an den Problemen Klimawandel und Erderwärmung fristet die Energieforschung bis heute ein Schattendasein in Deutschland. Inflationbereinigt sind laut Statistischem Bundesamt die staatlichen Forschungsausgaben heute kaum höher als Anfang der siebziger Jahre. Und neben der schwachen finanziellen Ausstattung der Energieforschung bleibt die Verwendung der Gelder ein weiteres Problem: Noch immer geht der Löwenanteil in die Bereiche Kernenergie, Fusionsforschung und neuerdings nun auch in die Abspaltung und unterirdische Speicherung des Klimakillers CO₂ (abgekürzt CCS, Carbon Capture and Storage). Erneuerbare Energien und Energieeffizienz dürfen sich weiter hinten anstellen.

Die Klima-Allianz fordert die Bundesregierung auf, ihre Finanz- und Haushaltspolitik zu überdenken und konsequent auf den Klimaschutz auszurichten. Nur so lässt sich ein ausgeglichener Haushalt auch für zukünftige Generationen realisieren.